



Niederschrift

11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 14.07.2015
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	Vertretung für: Frau Barbara Keller DIE LINKE
Herr Daniel Keller	SPD	
Herr Marcel Piest	SPD	
Frau Ingeborg Naundorf	Grüne/B90	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP
--	-----

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat
Frau Maja Kulke	DIE aNDERE
Frau Tina Lange	DIE LINKE
Frau Grit Schkölziger	SPD
Frau Eva Wieczorek	Bündnis90/Die Grünen
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW

Gast

Frau Rademacher	FBL Bildung und Sport
-----------------	--------------------------

Herr Günther	Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
Herr Kroop	Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
Herr Riedt	Kobra.net
Herr Tölke	FBL Kinder, Jugend und Familie
Herr Heintz	Elternvertreter WH Sportschule
Herr Dörnbrack	LSA
Herr Ulbrich	Wohnheim 42-44
Herr Böhme	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Weiberlenn	BL Bildung
Frau Henning	FB Bildung und Sport

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig	CDU/ANW	entschuldigt
----------------------	---------	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Barbara Keller	DIE LINKE	entschuldigt
---------------------	-----------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Ehrl	Bürgerbündnis-FDP	nicht entschuldigt
Frau Kathleen Krause	SPD	nicht entschuldigt
Frau Stephanie Seidel	Behindertenbeirat	nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Geschäftsbereich 2	entschuldigt
------------------------------	------------------------------------	--------------

Schriftführer/in:
Frau Lina Schindler

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.06.2015/ Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Nutzer einbeziehen bei Sanierung und Neubau von Schulen
Vorlage: 15/SVV/0365
Fraktionen SPD, CDU/ANW
B./Sp. (ff)
auch WA KIS
- 3.2 Planungen zum Bürgerhaus Bornim
15/SVV/0356
- 3.3 Unterstützung der ehrenamtlich geleiteten Nachbarschafts- und
Begegnungshäuser
Vorlage: 15/SVV/0461
Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Gesamtkonzept Schule - Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0449
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
JHA
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 aktueller Sachstand zu den Baumaßnahmen am Helmholtz-Gymnasium und an
der Eisenhartschule
- 5 Sonstiges
- 5.1 aktuelle Wohnheimsituation der Sportschule Potsdam am Luftschiffhafen
- 5.2 Informationen zur Schulspeisung an der Goetheschule

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Piest, eröffnet die Sitzung und verweist darauf, dass er Herrn Viehrig aufgrund seines Urlaubes für die heutige Sitzung vertritt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.06.2015/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Piest stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind vier stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2015 gibt es folgende Anmerkungen:

Frau Schkölziger bittet darum, folgenden Redebeitrag unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 - Beschleunigung der Sanierung der Rosa-Luxemburg-Schule zu streichen:

„Frau Schkölziger erklärt, dass die Befürchtung der Schule besteht, dass andere Schulen bei der Sanierung vorgezogen werden.“

Es erheben sich keine weiteren Einwände. Die Niederschrift wird so geändert bestätigt.

Herr Piest schlägt folgende Änderung zur Tagesordnung vor:

Der Tagesordnungspunkt 4.1 – aktueller Sachstand zu den Baumaßnahmen am Helmholtz-Gymnasium und an der Eisenhartschule soll von der Tagesordnung genommen werden, da Herr Richter aufgrund seines Urlaubes nicht an der Ausschusssitzung teilnehmen kann und auch kein Vertreter des KIS anwesend ist. In der nächsten Ausschusssitzung am 29.09.2015 wird der KIS einen aktuellen Sachstand zum Thema geben.

Folgende Ergänzungen zur Tagesordnung liegen vor:

Herr Piest weist darauf hin, dass in die Nachtragstagesordnung der Punkt 5.1 – aktuelle Wohnheimsituation der Sportschule Potsdam am Luftschiffhafen gesetzt wurde. Herr Piest schlägt vor, diesen Punkt vorzuziehen, da einige Gäste zum Tagesordnungspunkt anwesend sind.

Im Tagesordnungspunkt 5 - Sonstiges unter dem Punkt 5.2 soll eine Information zur Schulspeisung an der Goetheschule von Herr Weiberlenn gegeben werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

Zum TOP 3.2 – Planungen zum Bürgerhaus Bornim und zum TOP 3.3
– Unterstützung der ehrenamtlichen Nachbarschafts- und Bürgerhäuser

- Herr Kroop (Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport)

Zum TOP 3.4 – Gesamtkonzept Schule – Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam

- Herr Riedt (Kobra.net)
- Herr Tölke (FB Kinder, Jugend und Familie)

Zum TOP 5.1 – aktuelle Wohnheimsituation der Sportschule Potsdam am Luftschiffhafen

- Herr Heintz (Elternvertreter Wohnheim Sportschule)
- Herr Dörnbrack (Landesamt für Schule und Lehrerbildung)

Den Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Nutzer einbeziehen bei Sanierung und Neubau von Schulen**

Vorlage: 15/SVV/0365

Fraktionen SPD, CDU/ANW

B./Sp. (ff)

auch WA KIS

Aufgrund der zwischenzeitlichen Abwesenheit von Frau Rademacher schlägt Herr Piest vor, den TOP 3.1 vor dem TOP 5.1 zu behandeln. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Keller bringt den Antrag ein.

Herr Weiberlenn informiert, dass Schulen bereits in die Planung einbezogen werden. Er verweist auf das Votum des Werkausschusses KIS vom 09.07.2015.

Herr Piest liest den geänderten Antragstext des Werkausschusses KIS vor.

Herr Keller merkt an, dass er dem geänderten Antragstext so folgen könne. Er erklärt, dass in Gesprächen mit den Schulen der Wunsch nach Einbeziehung aufkam und daher eine Verbesserung der bisher bestehenden Einbeziehung angestrebt werden solle.

Herr Osten-Sacken bittet um eine Eingrenzung, auf welche Schüler sich der Antrag bezieht. Ob Schülervertretungen wie Schülersprecher gemeint seien.

Frau Erning merkt an, dass auch eine Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung im September, statt im Dezember, angestrebt werden solle.

Herr Weiberlenn erklärt, dass die Neuwahlen der Schulräte und Elternvertreter abgewartet werden müssen.

Herr Keller bittet Herrn Weiberlenn zum Ende des Jahres um eine Vorabinformation.

Frau Rademacher ergänzt, dass die nach Schulgesetz vorgeschriebene Beteiligung erfolgt. Beispielsweise in der Schulkonferenz.
Die Schüler sollten selbst Vorschläge machen, wie sie sich eine Einbeziehung vorstellen.

Herr Ziebarth spricht sich dafür aus, den geänderten Antragstext des Werkausschusses zur Abstimmung zu stellen.

Herr Piest stellt den Antrag mit der geänderten Fassung des Werkausschusses KIS, mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler bei der Einrichtung und Ausgestaltung von Schulen im Zusammenhang mit Sanierung **und sofern möglich, auch bei Neubau** ~~oder Neubau~~ beteiligt werden. Als Nutzer der Gebäude und Umflächen wie Schulhöfe sollten sie ihre Vorstellungen einbringen können und gehört werden. Dazu sollen in Abstimmung mit Eigenbetrieb KIS und Fachbereich Bildung und Sport **aufbauend auf die bisherige Praxis** ein ~~angemessenes und einfach~~ umsetzbares Verfahren entwickelt werden. Dieses soll im Ausschuss für Bildung und Sport unter Einbeziehung von Schulvertretungen vorgestellt werden.
Der SVV soll im ~~Oktober~~ **Dezember** 2015 berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmungen:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.1 aktuelle Wohnheimsituation der Sportschule Potsdam am Luftschiffhafen

Herr Heintz merkt an, dass, solange Kapazitäten im Wohnheim vorhanden sind, auch alle Schülerinnen und Schüler untergebracht werden sollten.
Das Ergebnis der heutigen Beratung sei keine endgültige Lösung. Zukünftig sollen die Entgeltordnung dementsprechend konkretisiert und klare Regelungen vereinbart werden.

Er fragt, ob die Ablehnung des Zuwendungsbescheides der Luftschiffhafen GmbH rechtlich richtig sei. Es sollen Weisungsregelungen zwischen dem Fachbereich Bildung und Sport und der Luftschiffhafen GmbH geklärt werden.

Herr Dörnbrack ergänzt, dass das Verfahren, trotz freier Plätze im Wohnheim keine Plätze an die Schüler zu vergeben, aus Sicht des Landesamtes für Schule und Lehrerbildung unverständlich sei. Auch die Begründungen dafür seien nicht nachvollziehbar. Für ein soziales Gefüge seien sowohl Schülerinnen und Schüler mit Leistungsauftrag als auch Schülerinnen und Schüler ohne Leistungsauftrag von Bedeutung.

Bei neuen Verhandlungen sollen Verträge mit den Schülerinnen und Schülern bis zum Abschluss der Schullaufbahn durch die Verwaltung durchgesetzt werden.

Herr Keller berichtet von einem Gespräch mit einer Schülerin, welche ebenso keinen Platz im Wohnheim der Sportschule bekam.

Er ergänzt, dass auch in dem Internat in Frankfurt (Oder) Schülerinnen und Schüler ohne Leistungsauftrag untergebracht werden. Bei gleichem Entgelt dürfen die Schüler dort bis zum Schulabschluss unterkommen.

Frau Rademacher geht auf die Weisungsrechte des Fachbereiches Bildung und Sport gegenüber der Luftschiffhafen GmbH ein. Sie erklärt, dass die Weisungsrechte sehr unterschiedlich ausgeprägt seien. Bei der Evaluierung des Luftschiffhafens wurde diese Thematik auch angegangen.

Herr Wollenberg merkt an, dass aufgrund der Tochterverhältnisse zwischen der Stadt und der Pro Potsdam und damit auch der Luftschiffhafen GmbH ein Weisungsrecht, des Gesellschafters bestehen muss.

Auf Nachfrage von Frau Naundorf, wie viele Schüler betroffen seien, antwortet Frau Rademacher, dass es sich um zehn bis fünfzehn Schüler handle. Bekannt sei nur bei zwei Schülern eine negative Verhaltensweise.

Herr Heintz ergänzt, dass die Schüler mit Leistungsauftrag im Vergleich zu den Vorjahren weniger werden.

Herr Keller weist darauf hin, dass die Schüler schnellstmöglich die Entscheidungen mitgeteilt bekommen müssen, um die Sicherheit zu haben, dass sie im Wohnheim bleiben können. Er bittet den Fachbereich Bildung und Sport, gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister ein Schreiben aufzusetzen. Bei Einzelfällen müssen auch klare Kriterien festgelegt werden. Diese sollten in der Entgeltordnung enthalten sein.

Herr Wollenberg ist der Meinung, dass jeder Schüler selbst entscheiden sollte ob er im Wohnheim bleiben möchte oder nicht.

Herr Kulke bittet, dass Herr Klemund und Herr Ziemer nochmals eingeladen werden und Stellung vor dem Ausschuss nehmen.

Frau Rademacher erklärt, dass das Interesse zur Teilnahme seitens der Schulleitung der Sportschule vorhanden war, durch den gefundenen Kompromiss der heutigen Beratung war es nun nicht mehr nötig, die Gegenseite anzuhören.

Frau Erning bittet nach der Sommerpause um erneute Information.

Frau Rademacher informiert auf Wunsch von Herr Keller die Luftschiffhafen GmbH und die Schulleitung der Sportschule schriftlich zu folgender einstimmiger Meinung des Ausschusses:

1. Eine anderweitige Unterbringung der Schülerinnen und Schüler ohne leistungssportliche Perspektive aus anderen Gründen als einer etwaigen Übernachtung wird nicht befürwortet.
2. Sicherzustellen ist, dass die Vereinbarung bereits ab sofort gilt und damit die noch aktuell vom Umzug betroffenen Schülerinnen und Schüler über den Verbleib am Wohnheim „Haus der Athleten“ informiert werden, so dieser Wunsch besteht.

Die Ausschussmitglieder stimmen einem solchen Schreiben zu.

zu 3.2 Planungen zum Bürgerhaus Bornim
15/SVV/0356

Herr Piest erklärt, dass es bereits in der Stadtverordnetenversammlung am 01.07.2015 eine Debatte zu diesem Thema gab.

Frau Lange weist darauf hin, dass die Große Anfrage nicht in der Aktenmappe für die heutige Sitzung enthalten war. Sie bittet die Drucksache dem Protokoll beizufügen. (Anlage 1)

Auf Nachfrage von Frau Wieczorek, was in der Stadtverordnetenversammlung besprochen wurde, erklärt Herr Piest, dass Hauptdiskussionspunkt die dort noch bestehende Turnhalle war, welche abgerissen werden sollte. Der Fachbereich und der KIS wollten die Turnhalle aufgrund der vorhandenen Bedarfe stehen lassen. Auch die Möglichkeit einer Stadteilschule wurde untersucht.

Frau Rademacher erklärt, dass bisher keine Stadteilschule geplant war und an diesem Standort auch nicht möglich wäre.
Die Vereinsarbeit soll so wie bisher aufrechterhalten werden. Durch bauliche Einschränkungen sei aber erst ab 2018 wieder Bürgerarbeit möglich.

zu 3.3 Unterstützung der ehrenamtlich geleiteten Nachbarschafts- und Begegnungshäuser
Vorlage: 15/SVV/0461
Fraktion DIE LINKE

Frau Dannenberg bringt den Antrag ein.

Herr Kroop informiert, dass seitens des Geschäftsbereiches Bildung, Kultur und Sport dem Antrag der Fraktion DIE LINKE nichts entgegenzusetzen sei.
Er erklärt, dass eine finanzielle Förderung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser wichtig sei, da die bisherigen Mittel aus dem Haushalt nicht ausreichen.

Herr Osten-Sacken erkundigt sich nach dem Ziel des Antrages, dieses sei im Antragstext nicht ersichtlich.

Herr Wollenberg erklärt, dass ein Prüfauftrag gewünscht ist. Spezifische Vorschläge zu den einzelnen Einrichtungen sollen folgen.

Herr Kroop erklärt, dass jeder Verein berechtigt sei, Anträge auf Fördermittel zu stellen. In einer Steuerungsgruppe werden Einzelheiten dazu besprochen.

Für die ehrenamtliche Arbeit müssen Förderungen eingehen.

Frau Naundorf merkt an, dass ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Ansicht nach entgeltlose und freiwillige Tätigkeiten sind.

Herr Wollenberg geht auf die Aussage von Frau Naundorf ein und erklärt, dass wenn eine ehrenamtliche Tätigkeit überstrapaziert wird ein Ausgleich im Sinne einer Vergütung geleistet werden muss.

Herr Osten-Sacken bittet um eine genaue Auskunft zur finanziellen Situation.

Herr Piest stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die ehrenamtlich geleiteten Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in ihrer Aufgabenerfüllung durch finanzielle Unterstützung des Ehrenamtes weiter gestärkt werden können.
Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2015 dazu ein Vorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmungen:	3
Ablehnung:	1
Stimmenthaltungen:	2

zu 3.4 Gesamtkonzept Schule - Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0449

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
JHA

Herr Kulke meldet sich für diesen Punkt als befangen und wird von der Abstimmung ausgeschlossen. Frau Naundorf ist nun nicht mehr anwesend. Somit sind vier stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Tölke erklärt den Hintergrund des Gesamtkonzeptes. Es sei in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, dem Fachbereich Bildung und Sport, dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem Landesschulamt entstanden.

Herr Riedt stellt anhand einer Powerpointpräsentation (Anlage 2) die Einordnung des Gesamtkonzeptes, die Steuerung und Koordination, Handlungskonzepte und einen Ausblick dar.

Herr Piest stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Gesamtkonzept Schule – Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmungen:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 aktueller Sachstand zu den Baumaßnahmen am Helmholz-Gymnasium und an der Eisenhartschule

Der Tagesordnungspunkt wird vom Ausschuss zurückgestellt. In der nächsten Sitzung am 29.09.2015 wird der KIS einen aktuellen Sachstand zum Thema geben.

zu 5 Sonstiges

zu 5.2 Informationen zur Schulspeisung an der Goetheschule

Herr Weiberlenn erläutert den Ausschussmitgliedern das Problem der Goetheschule. Der jetzige Aulabereich soll künftig auch zur Schulspeisung genutzt werden. Zwischen Ende des Jahres 2016 und Anfang des Jahres 2017 soll der Bau fertiggestellt werden.

Als Übergangslösung für ein Jahr sind zur Zeit Container geplant, welche erst ab Beginn des Jahres 2016 aufgestellt werden können. Elternvertreter und die Schulleitung sind über die Planung informiert.

Herr Keller fragt nach einer Erhöhung auf Dreizügigkeit der Schule, nach der Bibliothek und nach der Umsetzung der Barrierefreiheit an der Schule. Herr Weiberlenn erklärt dazu, dass der KIS in der Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung über das Thema der Barrierefreiheit an der Schule berichten wird. Im bekannten Einzelfall sei eine Lösung gefunden worden. Mehr als eine einmalige Dreizügigkeit an der Schule sei räumlich nicht umsetzbar.

Er verweist auf Frau Mattekath, welche zum Thema der Bibliothek Ansprechpartnerin sei.

Frau Wieczorek erkundigt sich, ob Eltern und Schüler aus Potsdam die Goethe-Grundschule bei der Schulwahl bevorzugt anwählen?

Herr Weiberlenn informiert, dass Ende dieser Woche eine Projektgruppe stattfindet, in welcher eine aktuelle Bevölkerungsprognose vorgelegt wird, mit dieser können genauere Aussagen dazu getroffen werden.

Herr Wollenberg erkundigt sich nach den Außensportflächen der Max-Dortu Schule. Diese seien beeinträchtigt durch die zur Zeit stattfindenden Bauarbeiten.

Herr Weiberlenn sagt Herrn Wollenberg eine Antwort zu, sobald ihm Informationen zum Thema vorliegen.

Herr Kulke verabschiedet sich als Mitglied des Ausschusses für Bildung und Sport und bedankt sich für die Zusammenarbeit.

Frau Dannenberg merkt an, dass im Ratsinformationssystem der Stadtverordnetenversammlung einige Daten nicht aktuell seien und einige Ausschussmitglieder noch nicht erfasst wurden. Sie bittet, die Daten überarbeiten zu lassen.